

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. – 17. November 2023

Mehr als 100.000 Menschen haben angesichts eines deutlichen Anstiegs antisemitischer Vorfälle in Paris an einer Großkundgebung gegen Antisemitismus teilgenommen. An dem Marsch nahmen Premierministerin Elisabeth Borne, die ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande, der Präsident der jüdischen Dachorganisation Crif, sowie die beiden Vorsitzenden von Nationalversammlung und Senat, Yaël Braun-Pivet und Gérard Larcher teil. Auch in anderen französischen Städten kam es zu Demonstrationen. Für Unruhe sorgte die Teilnahme der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National. Die Linkspopulisten von La France Insoumise (LFI) boykottierte wegen Marine Le Pens Teilnahme die Demonstration und organisierte eine Kranzniederlegung am Vélodrome d'Hiver, die von jüdischen Demonstranten unterbrochen wurde.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat nach Kritik aus Israel seine Äußerungen zum Gazakrieg richtiggestellt, die er im Rahmen eines BBC-Interviews getätigt hatte. In Telefonaten mit dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog und dem Mitglied der Notstandsregierung Benny Gantz bekundete Macron seine Solidarität und betonte das Selbstverteidigungsrecht Israels. Auch in einem offenen Brief an die Franzosen, die am 12. November in der Tageszeitung Le Parisien veröffentlicht wurde, betonte Macron das Recht Israels auf Selbstverteidigung.

In einen Brief an die Außenministerin Catherine Colonna kritisieren französische Botschafter auf Posten im Nahen Osten und im Maghreb den Unterstützungskurs des Staatspräsidenten für die israelische Regierung. Dieser stelle einen Glaubwürdigkeitsverlust für die französische Diplomatie dar, so die Botschafter. Der Bruch mit der traditionellen arabischen Politik Frankreich habe dazu geführt, dass die Botschaften keinen Zugang mehr zu den Entscheidungsträgern der Region haben.

Zehn jüdische Stelen wurden am 15. November auf einem deutschen Soldatenfriedhof aus dem Ersten Weltkrieg in Moulin-sous-Touvent (Oise) beschädigt. Die Taten wurden von Präsident Emmanuel Macron „mit größtem Nachdruck“ verurteilt. Es wurden Ermittlungen wegen „Schändung einer Grabstätte aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit oder der Religion“ eingeleitet.

Das Einwanderungsgesetz wurde im Senat in erster Lesung am 14. November mit 210 zu 115 Stimmen angenommen. Die vom Oberhaus abgeänderte Version enthält u. a. die Einführung von Migrationsquoten, die Abschaffung der staatlichen Krankenversicherung, die erleichterte Ausweisung ausländischer Straftäter sowie die Verschärfung der Regeln für die Familienzusammenführung. Der Gesetzentwurf wird ab dem 27. November im Rechtsausschuss der Nationalversammlung und ab dem 11. Dezember im Plenum diskutiert.

Emmanuel Macrons besuchte am 15. und 16. November die Schweiz. Es handelt sich um den ersten Besuch eines französischen Staatspräsidenten seit 2015. Macron wurde auf dem Bundesplatz in Bern mit militärischen Ehren empfangen. Auf der Tagesordnung der offiziellen Gespräche standen die bilateralen und grenzüberschreitenden Beziehungen, Forschung und Innovation, Sicherheit und internationale Angelegenheiten. An der Universität von Lausanne hielt Macron einen Vortrag zu den Herausforderungen Europas. Außerdem stand ein Besuch des kernphysikalischen Forschungszentrums CERN auf dem Programm, das als Symbol für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gilt.

Am 15. November trat Verteidigungsminister Sébastien Lecornu überraschend eine Reise in den Nahen und Mittleren Osten an. Die Reise begann am in Ägypten, es folgten Stationen in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar. Am 17. November traf Lecornu in Israel ein. Es handelt sich um den ersten Besuch eines französischen Verteidigungsministers in Israel seit 2000.

Die französische Justiz hat am 14. November einen internationalen Haftbefehl gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad erlassen. Eine Justizquelle bestätigte die Ausstellung von vier Haftbefehlen wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit Sarin-Gas-Angriffen, bei denen unter anderem am 21. August 2013 in Ost-Ghouta mehr als 1000 Menschen getötet worden waren. Die Haftbefehle richten sich auch gegen Baschar al-Assads Bruder Maher, sowie gegen zwei Generäle. Untersuchungsrichter der Abteilung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Pariser Gerichtshofs untersuchen seit April 2021 die Chemiewaffenangriffe.

Nach heftigen Regenfällen im Norden Frankreichs sind etliche Flüsse über die Ufer getreten. Es regnet so viel wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Region wurde am 14. November von Staatspräsident Emmanuel Macron besucht. Für rund 250 Kommunen wurde der Status der Naturkatastrophe ausgerufen. Macron kündigte außerdem die Einrichtung eines Sonderfonds in Höhe von 50 Millionen Euro an, um die ersten Kosten im Rahmen der Überschwemmungen zu decken.

Eine Falschnachricht über das Ende der Holzschachteln für Käse sorgt in Frankreich für Unruhe. Eine EU-Verordnung könnte Holzverpackungen für Käse verbieten, wenn sie verabschiedet wird. Dies gilt jedoch nicht für Produkte mit geschützter geografischer Angabe (GGA) und kontrollierter Ursprungsbezeichnung (in französischer Sprache: AOP). Camemberts aus der Normandie, die diese Kennzeichnungen tragen, sind also entgegen der seit einigen Tagen verbreiteten Fake News nicht gefährdet.

Die französischen Minister Bruno Le Maire (Wirtschaft, Finanzen, industrielle Souveränität und Digitales), Roland Lescure (Industrie) und Agnès Pannier-Runacher (Energiewende) wollen in einem gemeinsamen Schreiben EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis vor der Konkurrenz chinesischer Photovoltaik-Anlagen warnen. Im Jahr 2022 hatten die chinesischen Hersteller Schwierigkeiten, die damals überdurchschnittlich hohe Nachfrage in Europa zu befriedigen. Für 2023 bauten sie daher Lagerbestände auf, die sich als überdimensioniert erwiesen. Sie sind nun gezwungen, diese zu reduzierten Preisen zu verkaufen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Verschiedene Oppositionsparteien haben beschlossen, Emmanuel Macrons Einladung zu einem weiteren Treffen in Saint-Denis zu boykottieren. Ende August waren alle Parteien, die im Parlament vertreten sind, im Rahmen einer zwölfstündigen Debatte zusammengetreten. Das „Treffen von Saint-Denis“ wurde nach den Vorortunruhen dieses Sommers organisiert. Der Parteichef der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains, Eric Ciotti schlug die Einladung für den 17. November in einem Interview mit der Tageszeitung Le Figaro aus. Die Abwesenheit des Staatspräsidenten bei der Demonstration gegen Antisemitismus habe ihn davon überzeugt, nicht teilzunehmen. Auch die Vorsitzenden der sozialistischen Partei und der linkspopulistischen Partei La France insoumise wollen nicht teilnehmen.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1	6	2	1

DIE ZAHL DER WOCHE

Rund **5000 Soldaten** werden im Rahmen der Olympischen Spiele in Militärcamps im Pariser Stadtzentrum untergebracht, um die Sicherheit der Spiele zu gewährleisten. Dies bestätigte der Militärgouverneur von Paris am 15. November. Die Camps werden auf einer Wiese im Osten von Paris, die sonst eine große Kirmes beherbergt, aufgeschlagen. Die Zahl der Soldaten, die zur Verstärkung der Polizei- und Gendarmeriekräfte und zur Überbrückung des wahrscheinlichen Mangels an privaten Sicherheitsleuten während der Olympischen Spiele eingesetzt werden sollen, wurde nicht genau angegeben. Beobachtern zufolge könnte es sich um fast 15.000 Soldaten handeln.